

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepalte Pelitteile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 8 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 21. Februar 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Revolution! — Die Verordnung über Tarifverträge. — Wie schaffen wir einseitige Stützpunkte auf Lederwaren? — Der Konkurrenzkampf der Arbeiter untereinander. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Arbeitslosenräthung. — Gesamtanrufung des Zentralvorstandes. — Sterbeliste. — Anzeigen.

Für die Woche vom 23. Februar bis 1. März 1919 ist der 9. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Revolution!

Als die Revolution bei uns in Deutschland siegreich durchgeführt worden war, wurden hier und da Stimmen laut, die die merkwürdige Weisheit verkündeten, die Gewerkschaften seien nunmehr überflüssig geworden, sie hätten ihre Existenzberechtigung verloren. Die klugen Leute, die so sprachen, hatten weder eine Ahnung von dem Wesen, den Zielen und den Möglichkeiten einer Revolution, noch wußten sie etwas von der Bedeutung der Gewerkschaften für eine vernünftige Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens. Sie lebten in dem Glauben, daß mit der Beseitigung des Militarismus und des Monarchismus sowie mit der Demokratisierung unserer staatlichen und gemeindlichen Einrichtungen die Sache erledigt sei, während die eigentliche Arbeit in Wirklichkeit jetzt erst anfängt. Die politische Revolution und die Durchführung der politischen Demokratie ist ja nur die Vorbedingung einer wirtschaftlichen Demokratisierung und Sozialisierung, letztere ist die Grundlage der ersteren, weil alle politischen Rechte und Freiheiten des Proletariats solange in der Luft schweben, wie sie nicht auf dem festen Untergrunde einer wirtschaftlichen und sozialen Macht ruhen. Darum kommt es darauf an, daß die militärisch-politische Revolution zu einer wirtschaftlich-sozialen ausgebaut und daß die rechtliche Freiheit in der wirtschaftlichen Freiheit fest und sicher verankert wird. Denn nur der Mensch ist wirklich politisch frei, der in seiner wirtschaftlichen Existenz gesichert ist. Wer diese Wahrheit nicht kennt oder außer acht läßt, der mag sich sein Schulgeld als Politiker wiedergeben lassen.

Bei der Demokratisierung und Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, die sich natürlich nicht im Sandumdehnen machen läßt, sondern eine längere Uebergangszeit erfordert, handelt es sich um eine äußerst schwierige Sache, die richtig angefaßt sein will, wenn sie zum Heil des Volkes durchgeführt werden soll. Unser Wirtschaftsleben ist so unendlich vielseitig und verwickelt, es greift so tief in alle menschlichen Beziehungen und Zusammenhänge ein, daß es

nicht vom grünen Tisch aus nach Schema F geregelt werden kann, sondern daß ein reicher Schatz von Erfahrung dazu gehört, um hier das Richtige zu treffen. Vor allen Dingen verträgt es keinen äußeren Zwang, weil es ein organisches, lebensvolles Gebilde ist, das inneren Gesetzen gehorcht, und es verträgt auch kein mechanisches Eingreifen irgendeiner staatlichen Bürokratie — auch keiner staats-sozialistischen —, weil es sonst der Gefahr ausgeliefert ist, zu verkümmern, zu erstarren und unrentabel zu werden. Dieser drohenden Gefahr müssen wir von Anfang an begegnen, denn wir brauchen auch im sozialistischen Zukunftsstaat ein frisch pulsierendes Wirtschaftsleben, das alle Kräfte entfesselt und auf ein einheitliches Ziel richtet, das der freien Entschließung, der Tatkraft, der Initiative und der Unternehmungslust Raum gewährt, gleichzeitig aber die Ueberbeteiligung und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich macht. Um ein solches kunstvolles Gebilde, ein Meisterwerk der Zukunft zu schaffen, genügt der gute Wille nicht allein, es muß bei den Beteiligten auch eine tiefe Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Gesetze sowie ein großes Verständnis für die Einzelseele vorhanden sein. Der wirtschaftliche Revolutionär muß Volkswirtschaftler und Soziologe in einer Person sein.

Wo fände man diese wichtigen Voraussetzungen inniger vereint als in den Gewerkschaften und ihren Führern? Seit Jahrzehnten beschäftigen sie sich eingehend und erfolgreich mit wirtschaftlichen Dingen, mit einer vernünftigen und gerechten Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben, mit der Forderung eines erträglichen Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen und eines anständigen Umgangstones, mit der Frage der Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften, mit der Durchführung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten innerhalb der Arbeitsbetriebe, mit der Erziehung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu pflichttreuen, aber auch selbstbewußten Menschen, kurz und gut mit der Verwirklichung der sozialen Demokratie im Arbeitsprozeß. Seit vielen Jahrzehnten sind die Gewerkschaften Schulen für das Proletariat gewesen, in denen die Mitglieder Erfahrung gesammelt, Disziplin gelernt und gewöhnt worden sind, in klarer Erkenntnis aller Möglichkeiten und mit ruhiger, besonnener Ueberlegung den Blick auf das Erreichbare zu richten. Sie haben keine Schwäger und Ueberflieger erzogen, die nach den Sternen haschen und dabei den Boden unter den Füßen verlieren, die Unmögliches erstreben und mit dem Kopfe durch die Wand rennen wollen, sie haben ihre Aufgabe darin erblickt, Männer und Frauen zu bilden, die Begeisterung und Wagemut mit Besonnenheit und Klugheit verbinden.

Und solche Menschen müssen wir haben, wenn wir unser zerrüttetes Wirtschaftsleben

wieder aufbauen, wenn wir eine neue Wirtschaft gestalten, wenn wir in dem sozialen Neuland der Zukunft ein Gebäude errichten wollen, in dem Gerechtigkeit und Menschenliebe das Szepter führen. Darum können wir die Gewerkschaften in der revolutionären Uebergangszeit nicht entbehren, wir müßten sie notgedrungen schaffen, wenn sie noch nicht beständen.

Die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Unterstützung der politischen Revolution zur Verwirklichung der Demokratisierung und Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens kann von keinem vernünftigen Menschen bestritten werden.

Die Verordnung über Tarifverträge

vom 23. Dezember 1918 hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern durch schriftlichen Vertrag geregelt (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Abweichende Vereinbarungen sind jedoch wirksam, soweit sie im Tarifvertrag grundsätzlich zugelassen sind oder soweit sie eine Veränderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. An die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrags.

Beteiligte Personen im Sinne des Abs. 1 sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Vertragsparteien des Tarifvertrags oder Mitglieder der vertragsschließenden Vereinigungen oder bei Abschluß des Arbeitsvertrags gewesen sind oder die den Arbeitsvertrag unter Berufung auf den Tarifvertrag abgeschlossen haben.

§ 2.

Das Reichsarbeitsamt kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für allgemein verbindlich erklären. Sie sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereichs für Arbeitsverträge, die nach der Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, auch dann verbindlich im Sinne des § 1, wenn der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder beide an dem Tarifvertrage nicht beteiligt sind.

Fällt ein Arbeitsvertrag unter mehrere allgemein verbindliche Tarifverträge, so ist im Streitfalle, vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung des Reichsarbeitsamts, derjenige von ihnen maßgebend, der für die größte Zahl von Arbeitsverträgen in dem Betriebe oder der Betriebsabteilung Bestimmungen enthält.

§ 3.

Die Erklärung des Reichsarbeitsamts nach § 2 erfolgt nur auf Antrag. Antragsberechtigt sind jede Vertragspartei des Tarifvertrags sowie Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, deren Mitglieder durch die Erklärung des Reichsarbeitsamts betroffen werden würden.

Die Vertragsparteien haben ihrem Antrag die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrags beizufügen. Wird der Antrag durch andere Vereinigungen gestellt, so hat das Reichsarbeitsamt diese Urkunden von den Vertragsparteien

eingufordern; diese sind verpflichtet, seiner Aufforderung nachzukommen.

§ 4.

Das Reichsarbeitsamt macht den Antrag durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ bekannt. Dabei ist anzugeben, bis zu welchem Zeitpunkt Einwendungen erhoben werden können. Die an dem Tarifvertrag als Vertragsparteien beteiligten Vereinigungen sollen außerdem zur Neuerung aufgefordert werden.

Nach Ablauf der Frist entscheidet das Reichsarbeitsamt unter Berücksichtigung der erhobenen Einwendungen über den Antrag. Seine Entscheidung ist endgültig. Gibt es dem Antrag statt, so hat es zugleich zu bestimmen, mit welchem Zeitpunkt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrags beginnt.

§ 5.

Die allgemein verbindlichen Tarifverträge sind unter Bezeichnung ihres räumlichen Geltungsbereichs sowie des Beginns der allgemeinen Verbindlichkeit in das Tarifregister einzutragen. Dieses Register wird bei dem Reichsarbeitsamt oder bei einer von ihm bezeichneten Behörde nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsamts geführt. Die Urschriften oder beglaubigten Abschriften der Tarifverträge sind als Anlage zu dem Tarifregister zu vermahnen.

Die Einsichtnahme in das Tarifregister und seine Anlagen ist während der regelmäßigen Dienststunden jedem gestattet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für die ein Tarifvertrag infolge der Erklärung des Reichsarbeitsamts verbindlich ist, können außerdem von den Vertragsparteien einen Abdruck des Vertrags gegen Erstattung der Kosten verlangen.

Die Eintragungen in das Tarifregister sind durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntzumachen. Dabei ist auf die Vorschriften im Abs. 2 hinzuweisen.

§ 6.

Ist ein Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt, so gelten die Vorschriften der §§ 2 bis 5 entsprechend auch bei Abänderung dieses Vertrags.

Wie schaffen wir einheitliche Stücklöhne auf Lederwaren?

Seit dem 2. Dezember v. J. ist durch ein bis zum 28. Februar d. J. befristetes Abkommen mit der Berliner Ortsgruppe des Bundes deutscher Lederwarenfabrikanten die Heimarbeit wesentlich eingeschränkt, das Zwischenmeistersystem gänzlich beseitigt worden. Damit ist eine alte gewerkschaftliche Forderung erfüllt, die nicht vorübergehender Natur, sondern als ständige Einrichtung beibehalten werden muß. Auch die Offenbacher Kollegenschaft hat in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung, die an einem Werktagvormittag einberufen war, zur Aufhebung der Heimarbeit Stellung genommen und sich verpflichtet, in gleicher Weise wie in Berlin vorzugehen. Diese klare Willensäußerung ist um so erfreulicher, als im Offenbacher Industriegebiet die Heimarbeit weit ausgebreiteter ist wie in Berlin. Auch sind damit die Argumente der Fabrikanten hinfällig, daß die Heimarbeit nicht in die Werkstatt hinein wollen. Vielmehr trifft zu, was wir immer behaupteten: Bei möglichst kurzer Arbeitszeit und guten Lohnverhältnissen werden die Heimarbeiter von selbst den Wunsch haben, in Betriebswerkstätten zu arbeiten.

Bei den Löhnen angelangt, stoßen wir auf eine bedeutungsvolle Frage. Unbestritten steht fest, daß die Stücklöhne auf Lederwaren auf die Verhältnisse der Heimindustrie aufgebaut wurden, d. h. sie wurden so niedrig gestellt, daß Werkstattarbeiter auf Akkordlohn selten zurechtkamen, am allerwenigsten auf Mittelware und Stapelartikel. Nun erleben wir in Berlin, daß Kollegen, solange sie als Heimarbeiter tätig waren, einigermaßen zufriedenstellende Verdienste erzielten, jetzt als Werkstattarbeiter auf die gleichen Artikel kaum 1 Mk. die Stunde verdienen. Des Rätsels Lösung ist bald gefunden. Als Heimarbeiter hielten sie überhaupt keine regelrechte Arbeitszeit inne, 14 Stunden pro Tag war oft die Regel, dazu kommt die Mitarbeit der Frau und sonstiger zur Familie gehörenden Arbeitskräfte. Der erzielte Verdienst war nicht der einer, sondern mehrerer Personen, die aber für den Unternehmer buchstäblich nicht vorhanden waren. Die Folge ist nun, die Stücklöhne müssen jetzt verdoppelt werden, soll der garantierte Mindestlohn erreicht werden. Ein Beginnen, gegen das die Fabrikanten sich sträuben und die Wiederherstellung des alten Zustandes fordern. Sie geben vor, die „hohen“ Löhne beeinträchtigen den Wettbewerb auf dem Weltmarkt und schalten die Industrie gänzlich aus. Den Kenner der Verhältnisse schreden solche Angaben nicht, ist doch die Spannung des Lohnes zum fertigen Fabrikat während des Krieges eine größere geworden, als sie früher mit den niedrigen Heimarbeiterslöhnen gewesen ist. Die Unternehmer werden, gezwungen

durch die verteuerte Lebenshaltung der Arbeiter, sich daran gewöhnen müssen, mit auskömmlichen Löhnen zu kalkulieren.

Ob die Akkordarbeit beibehalten bleibt, ist eine Frage, die von dem größten Teil der Kollegenschaft bejaht wird, wenigstens so lange, als die Fertigstellung seiner Lederwaren in bisheriger Weise vor sich geht. Je mehr Teilarbeit oder maschinelle Technik angewendet wird, je mehr wird die Entlohnung nach Zeit Platz greifen. Mit dieser Tatsache rechnen die Berliner Kollegen. Sie sind zurecht dabei, durch besondere Kommissionen einheitliche Grundstücklöhne für gleichartige Artikel festzulegen und sie in allen Betrieben zur Durchführung zu bringen. Geplant ist, einen Unterschied zwischen Stapelware, Mittel- und feiner Ware zu machen. Von jeder Klasse, ob Zigarren-, Brief-, Damentaschen oder Trefores, wird der Lohn für das einfachste gearbeitete Stück festgesetzt, dann für jede Mehrarbeit ein besonderer Lohn. Beispielsweise: Der Lohn einer einfachen Zigarrentasche aus Vollleder, Größe 13 mal 9, Maschinensalte, zwei glatte Klappen 5 Mk. das Duzend, jede weitere Größe 25 Pf. mehr, eine Klappe zusammengeheft 50 Pf., eine halbe Noirtreklappe mit Einsaffen 1 Mk. Markentasche abstreifen 60 Pf., gewöhnliche Photographieklappe 1,25 Mk., Rippphotographie 1,50 Mk., Monogramm mit Seide hinterlegen 25 Pf., Monogrammausschnitt streichen 50 Pf. Bessere Lederarten, wie glattes Kalbleder, Krotodil, Eidechse entsprechend mehr. Dieses Beispiel soll nur als Schema dienen, ohne irgendwie erschöpfend zu sein und ohne irgendwelche Festlegung auf den Einzelpreis. Wird in der hier angebotenen Weise verfahren, so wird es den Kollegen an der Hand solcher Berechnungstabellen nicht allzu schwer fallen, den zu zahlenden Lohn festzustellen und eine Einheitlichkeit der Stücklöhne durchzuführen. Auch die Fabrikanten hätten insofern einen Vorteil, als sie alle die gleichen Löhne zahlen, wie sie ja auch die gleichen Materialpreise zahlen müssen. Jede unlautere Konkurrenz würde ausgeschlossen.

Gewiß wird die Vielgestaltigkeit der Lederwareindustrie mit ihren tausenden Mustern die Schaffung eines solchen Stücklohntarifs nicht erleichtern, aber Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden, zumal wenn die Kollegenschaft überzeugt ist, damit ein dauerndes Werk zum Wohle aller Berufsgenossen begonnen und schließlich vollbracht zu haben. Ist doch dieses Problem und das der Beseitigung der Heimarbeit eines der hervorragendsten Momente der diesjährigen Tarifbewegung, soweit die Feinlederwareindustrie in Frage kommt.

Der Konkurrenzkampf der Arbeiter untereinander.

Die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ schreibt:

Wenn die Anzeichen nicht trügen, wird die Arbeiterchaft durch die in den letzten Wochen erhobenen Lohnforderungen in schlimme Konkurrenzkämpfe untereinander getrieben. Die überspannten Lohnforderungen einiger Gruppen von Arbeitern haben mit Sozialismus beileibe nichts zu tun. Niemand wird Arbeitern und Angestellten das Recht freitig machen, zu versuchen, ihr Einkommen mit den Ausgaben für die enorm verteuerte Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Die Lohnforderungen einzelner Arbeitergruppen ohne Blick für Möglichkeiten hinsichtlich der Tragfähigkeit der Betriebe für diese Forderungen bedeutet nichts anderes als einen schlimmen Rückfall in die Zeit der unregelmäßigen Lohnkämpfe, als unsere Gewerkschaften noch schwach waren. Die kulturell so hochwertige Arbeit unserer Gewerkschaften lag in den letzten Jahrzehnten vornehmlich darin, daß sie den wirtschaftlichen Aufstieg der Gesamtarbeiterschaft förderte. Es gehörte einfach zum Programm unserer Gewerkschaften, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß sie, wenn schon einzelne Arbeitergruppen in der Entlohnung vorangingen, die Gesamtarbeiterschaft möglichst schnell nachzog. Immer im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter selbst. Jede Ungleichheit in der Entlohnung für gleiche Eingabe von Arbeitskraft, unter sonst ganz oder fast gleichen Bedingungen der Lebenshaltung, läßt Gegenstände innerhalb der Arbeiterchaft selbst aufkommen. Je nach der Größe der Ungleichheit der Entlohnung wird sich der Gegensatz in der Stellung der Arbeiter zueinander vergrößern. Dieser Gegensatz muß schließlich, wenn der Ausgleich in der Entlohnung nicht herbeigeführt wird, zum offenen Kampf um die beste Stelle ausarten. Die hochentlohnte Stelle zieht die Bewerber auf sich. Ein Leberangebot von Arbeitskräften für die hochentlohnte Stelle leitet dann einen Konkurrenzkampf ein, der nie und nimmer ersprießlich sein kann.

Vielleicht wird gefragt werden, daß dieses Leberangebot von Arbeitskräften nur so lange vorhanden sein wird, als es noch nicht gelungen ist, die gleich hohe Entlohnung überall durchzusetzen. Diese Ent-

gegnung wäre grundfalsch. Die hohen Löhne, von denen hier allein die Rede ist, sind durch den Druck der politischen Ereignisse der letzten Monate erzielt worden. Sie stehen wohl meist ganz abseits von dem gesunden Verhältnis zwischen Betriebsmitteln, Entlohnung und Verwertbarkeit des hergestellten Produkts. Dieses ungeunde Verhältnis kann nur von sehr kurzer Dauer sein, nämlich nur so lange, als Betriebsmittel, Reserven — unferne wegen auch Kriegsgewinne — ausreichen. Sind diese Fonds aufgezehrt, wird kein noch so kräftig wirkender Druck irgendwelcher Art sie wieder ausfüllen können. Die vielberedete Sozialisierung der Betriebe wird dann auch nicht helfen, wahrscheinlich wird dann nichts mehr vorhanden sein, was sozialisiert werden könnte. Dazu kommt dann noch die Gefahr, die unseren Arbeitern durch die Konkurrenz vom Auslande droht. Die im Inlande erzeugten Waren, mit denen wir zum Austausch ins Ausland gehen müssen, werden leicht zu teuer sein, um der ausländischen Konkurrenz standhalten zu können. Das Ergebnis wird steigende Arbeitslosigkeit sein. Der Konkurrenzkampf wird aber auch rein persönlich sein. Der hohe Inlandslohn zieht die ausländischen Arbeiter an, so daß, wohin man blickt, Gefahren drohen, denen gegenüber Abwehr dringend geboten ist. Man höre endlich auf zu glauben, der Wunsch des einzelnen oder einer Gruppe bedeute sich mit den Wünschen für das allgemeine Wohl. Nichts wäre verhängnisvoller als diese Annahme. Schon jetzt zeigen sich die schlimmen Folgen an Wirtschaftsgeldern, deren soziales Wesen sie davor schützen sollte, als Versuchsnardel benutzt zu werden. Wir denken dabei an unsere Konsumgenossenschaften, an deren Zertrümmerung durch Lohnexperimente die Arbeiterchaft doch fürwahr kein Interesse hat.

Aus unserem Beruf.

Bekanntmachung betreffend Verwendung von Blankleder. 1. Die bisherige Bestimmung, daß Blankleder nur zur Ausbesserung — nicht zur Neuerstellung — von Geschirren verwendet werden darf, wird aufgehoben.

2. Die Verwendung von Blankleder zur Herstellung von Schuhbestandteilen, Einstechnahmen, neuem Schuhwerk sowie zu Schuhausbesserungen ist nicht gestattet.

3. Vorstehende Bestimmungen gelten auch für die bereits auf Verpflichtungsschein von Sattlerlederhandlungen bzw. Konsumgenossenschaften und dem Verband der Portefeuille- und Feinlederhersteller und Händler e. V. bezogenen Blankleder.

Berlin, den 12. Februar 1919.

Kontrollstelle für freigegebene Leder.
Blasse. Fecher.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 11. 2.) Am 27. Januar fand unsere Generalversammlung im Volkshaus statt. Die Anwesenden nahmen Kenntnis von dem Ableben der Kollegen Klingenberg, Siegemund, Drechsel, Ulrich und Kunz und ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Dann erstattete Kollege Eisner den Geschäfts- und Rassenbericht vom Jahre 1918 und führte aus: Nach vier langen Kriegsjahren ist es erfreulich, den Jahresbericht im Zeichen des Waffenstillstandes geben zu können. Noch sind die Tage mit trüben Ausblicken auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erfüllt, die Arbeits Gelegenheit sehr ungünstig. Die ganze Produktion, welche die letzten Jahre auf Kriegsarbeit eingestellt war, muß in Friedensarbeit umgestellt werden. Zurecht besteht jedoch noch großer Mangel an Rohmaterial und wird nach Behebung desselben die Arbeitsmöglichkeit besser werden. Während in der ersten Hälfte des Berichtsjahres die Konjunktur günstig war und wir keine Arbeitslosen zu verzeichnen hatten, machte sich schon in der zweiten Hälfte der bevorstehende Friedensschluß bemerkbar. Es waren im ganzen 201 männliche Mitglieder 1942 Tage, 97 weibliche Mitglieder 1130 Tage arbeitslos. Von den 69 offenen Stellen konnten 45 besetzt werden. Die Gesamtzahl der jetzt vorhandenen Arbeitslosen beträgt 240 und hat zur Auszahlung von Unterstützung aus städtischen Mitteln die Summe von 20 000 Mk. erfordert. Die Geschäftsführung der Ortsverwaltung wurden in 20 Vorstandssitzungen erledigt. Außerdem fanden 11 Vertrauensmännerberatungen und 7 Mitgliederberatungen statt. Zur Regelung von Betriebsangelegenheiten wurden 25 Werkstattberatungen abgehalten. Die Schlichtungskommission tagte in 6 Sitzungen und brachte insgesamt 7000 Mk. Nachzahlungen. Aus dem Rassenbericht und Mitgliederbewegung ist folgendes zu bemerken: Am 1. Januar 1918 zählte die Verwaltungskasse 407 männliche und 240 weibliche Mitglieder. Am 31. Dezember 522 männliche und 280 weibliche.

Für die Hauptkasse wurden 17 253,78 Mk. verein-
nahmt, wovon sie 9300 Mk. in bar erhielt. Die
Lokalasse verfügt über einen Vermögensbestand
von 6438,56 Mk. Die örtliche Verwaltung verein-
nahmte und verausgabte 7338,13 Mk. In der dar-
auf folgenden Debatte wurde die Tätigkeit des Vor-
standes und Geschäftsführers gebilligt und letzterem
auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung
erteilt. Mit Entrüstung nahm die Versammlung
Kenntnis von dem unredlichen Verhalten des Kol-
legen Engel, welcher neben dem Bezug von Arbeits-
losenunterstützung Hausarbeit für die Firma Siegem-
und anfertigte und laut Lohnbuch in 14 Tagen
78 Mk. verdiente. Ein Antrag des Vorstandes,
Engel aus dem Verband auszuschließen, wurde ein-
stimmig angenommen. Die Neuwahl des Gesamt-
vorstandes ging glatt vonstatten. Der Vorschlags-
liste der Vertrauensleute wurde allseitig zugestimmt
und nahmen die in Vorschlag gebrachten Kollegen
die Wahl an. Zu erwähnen wäre hierzu, daß die
Wahl der Revisor zum Vorstand wie früher ge-
handelt wurde, so daß je ein Vertreter aus der
Auto-, Reiseartikel-, Dreibriemen- und Militärb-
branche demselben angehört. Dem auscheidenden
Vorstandesmitgliedern sowie allen Funktionären
wurde für ihre Tätigkeit der Dank ausgesprochen.

Karlsruhe. (E. 14. 2.) In der Generalver-
sammlung am 25. Januar begrüßte der erste Vor-
sitzende Kollege Stoll die gut besuchte Versammlung.
Er gab dann den Geschäftsbericht von den Kriegs-
jahren 1914—1918. Danach waren von der Filiale
Karlsruhe zum Seeresdienst eingezogen 130 Kol-
legen. Bis jetzt sind vom Militär entlassen 35 Kol-
legen. Dem Völkermorden sind 8 Kollegen zum
Opfer gefallen. Die Versammlung ehrte das An-
denken dieser Kollegen durch Erheben von den Sitzen.
Für Unterstützungen wurden ausgegeben an die
Frauen der im Felde stehenden Kollegen 950 Mk.,
für Liebesgaben und Pakete 800 Mk. Zur Er-
leichterung der Ausgaben an Unterstützungen wurde
ein Zigarrenhandel unter den Kollegen eingeführt,
dessen Uberschuß von 650 Mk. für Unterstützungs-
zwecke verwendet werden konnte. Dieser schöne
Uberschuß ist zum größten Teil dem Kollegen
Krause für seine unermüdete Tätigkeit im Zigarren-
handel zu verdanken. Kollege Stoll sprach ihm im
Namen der Kollegen den herzlichsten Dank aus.

Den Kassenbericht für das 4. Quartal gab für
den abwesenden Kassierer der Kollege Stoll. Kollege
Sternberg als Revisor berichtete, daß die Kasse und
die Bücher in bester Ordnung befunden wurden und
beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.
Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der 2. Punkt, Wahl der Ortsverwaltung, gab
folgendes Ergebnis: Stoll 1. Vorsitzender, Spieß-
berger 2. Vorsitzender, Schuy Kassierer, Lang Schrift-
führer, Sternberg und Kunz Revisoren, Unter-
kassierer Thiele. Lang Reiseunterstützungsauswähler,
und Kunz Bibliothekar. Zum erweiterten Ausschuß
wurden noch gewählt von der Süddeutschen Signal-
flaggenfabrik Kollege Dauwalter, von der Zustand-
setzungswerkstatt Durlach Kollege Kaspar.

Kollege Stoll dankte den Kollegen, welche wäh-
rend der Kriegszeit in der Ortsverwaltung waren,
für ihre unermüdete Tätigkeit zum Wohle des
Verbandes. Besonders gebührt der Dank dem
früheren 2. Vorsitzenden Kollegen Krause, welcher wäh-
rend der Kriegszeit das Amt des ersten Vorsitzenden
führte und seine Mühe, Arbeit und Zeit schenkte zum
Wohle und zur Förderung des Verbandes.

Stuttgart. (E. 13. 2.) In der Generalver-
sammlung fand am 1. Februar im Gewerkschaftshaus
statt. Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Haß.
Derselbe erstreckte sich auf die Tätigkeit der Filiale
während der vier Kriegsjahre. Er hob die Vorteile
heraus, die uns trotz seiner unbekannteren Mängel
der Reichstaxi gebracht hat. Die nicht unbedeutenden
Nachzahlungen legen Zeugnis ab von der Tätigkeit
der Verwaltung. Doch auch in der Reiseartikel-
branche konnten wir im Laufe der Jahre Zuschüsse
auf die Friedenslöhne, bis zu 60 Proz., heraus-
schlagen. Die meiste Kleinarbeit war, wie immer,
in den Werkstattversammlungen zu bewältigen. Es
fanden im ganzen statt im Laufe des verfloffenen
Rechnungsjahres: 1 Generalversammlung, 3 außer-
ordentliche Mitgliederversammlungen, 9 Vertrauens-
mannerversammlungen, 2 Frauenversammlungen,
8 Kartellungen, 24 Ausschußungen, 65 Werk-
stattungen, 3 Verhandlungen mit den Unterneh-
mern, 5 Schlichtungskommissionen. Den
Jahresklassenbericht, der gedruckt vorlag, sowie den
Quartalsbericht, der hektografiert auflag, ergänzte
Kollege Weller noch näher. Als besonders inter-
essant ist daraus zu entnehmen: Die Ortsverwaltung
hat für das abgelaufene Jahr 1918 einen gedruckten
Kassenbericht, ohne jeglichen Text, herausgegeben.
Danach ist die Zahl der männlichen Mitglieder von
478 auf 624, die der weiblichen von 418 auf 468 ge-
stiegen. Die Fluktuation war außerordentlich groß.
620 Neuaufnahmen setzen 301 Ausschlüsse wegen
zeitlicher Beiträge gegenüber. Gestorben sind 11

und während des Krieges 49 Kollegen gefallen. Für
die Hauptkasse wurden insgesamt 19 402,55 Mk. ver-
einahmt, davon 9798 Mk. an die Hauptkasse ein-
geschickt. Die Lokalasse bilanziert mit 6529,44 Mk.
Einnahme und 4988,70 Mk. Ausgabe. Ihr Vermögen
beläuft sich auf 14 913,44 Mk. Auf Listen zur Unter-
stützung der zu Militärdiensten eingezogenen Mit-
glieder wurden 11 434,13 Mk. vereinahmt und
8085,70 Mk. verausgabte. Die örtliche Verwaltung
vereinahmte und verausgabte 4716,95 Mk. Die
Stuttgarter Mitglieder bzw. ihre Angehörigen er-
hielten an Unterstützung aller Art insgesamt
12 044,38 Mk. — Am 1. Februar d. J. hatten wir
an Arbeitslosen zu verzeichnen: 81 männliche und
69 weibliche, davon unterstützungsberechtigt 44 männ-
liche und 28 weibliche. Die Neuwahlen zeitigten
folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schögle, 2. Vor-
sitzender Rasovsky, Kassierer Weller, Schriftführer
Kästner, Revisoren Döbelmann und Kärcher. Als
Kartelldelegierte Kempf, Kärcher und Jäger. Eine
längere ausgiebige Debatte rief nachstehender An-
trag hervor, der vielfach von den Mitgliedern unter-
breitet wurde und einstimmige Annahme fand: „Im
Einverständnis sämtlicher Verbandsfunktionäre un-
terbreitet der Ausschuß der Generalversammlung
folgenden Antrag: Die heute am 1. Februar 1919
im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung
unterbreitet dem Zentralvorstand folgenden Antrag:
Da sich die Anstellung eines Ortsbeamten als un-
umgänglich notwendig erweist, beantragt die Gene-
ralversammlung: Der Zentralvorstand möge in tun-
lichster Kürze einen Lokalbeamten für die Filiale
Stuttgart anstellen. Bis zur endgültigen Regelung
behält sich die hiesige Filiale vor, zur Erzielung
der anfallenden Arbeiten auf Kosten der Zentral-
kasse eine geeignete Kraft freizumachen.“ Die Ver-
sammlung beschloß einstimmig, dem Kollegen Weller
als geeignete Kraft bis zur endgültigen Regelung
mit der Führung der Filialgeschäfte zu beauftragen.
Nach Erörterung einiger örtlicher Angelegenheiten
erfolgte Schluß der Versammlung.

Soziales.

Die Verordnung über Beschäftigung Schwer-
beschädigter vom 9. Januar 1919 ist durch eine Ver-
ordnung vom 1. Februar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 132)
dahin abgeändert, daß die Ueberwachungsstellen im
Vereinnehmen mit den Hauptfürsorgestellen der Kriegs-
beschädigtenfürsorge Anordnungen treffen können und
daß eine Kündigung Schwerbeschädigter nicht vor
dem 15. März 1919 erfolgen darf. Früher erfolgte
Kündigungen werden erst am 15. März wirksam.

Rundschau.

Die Nationalversammlung ist am 6. Februar
in Weimar zusammengetreten, um dem deutschen
Volke eine gesetzmäßige Verfassung zu geben und
eine Regierung zu schaffen, berufen, einen möglichst
günstigen Frieden zu schaffen. Die Wahlen am
19. Januar haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie
die weit stärkste Partei im Lande ist, sie vereinigte
rund 1 1/2 Millionen Stimmen um ihr Banner, wäh-
rend die U. S. P. D. etwas über 2 Millionen
Stimmen erhielt. Von den bürgerlichen Parteien
sehen sich die Deutschen Demokraten mit über 5/8
Millionen und die Christliche Volkspartei (Zentrum)
mit nahezu 5/8 Millionen Stimmen fast gleich. Es
sieht wohl außer Zweifel, daß die bolschewistischen
Antriebe gerade in der Woche vor den Wahlen den
beiden sozialistischen Parteien Millionen von Stim-
men und eine Anzahl von Mandaten gekostet hat,
so daß die erhoffte sozialistische Mehrheit in der
Nationalversammlung nicht zustande gekommen ist.
Diese Erkenntnis wird dazu beitragen, die Arbeiter-
schaft anzuspornen, sich auf sich selbst zu verlassen
und bei einem zweiten Wahlgang, der voraussicht-
lich noch in diesem Jahre stattfindet, die absolute
Mehrheit zu erringen. Die Vertretung der beiden
sozialistischen Parteien — als auch die der Deutschen
Demokraten und Christlichen Volkspartei hat einen
starken gewerkschaftlichen Einschlag, was für die
kommende Sozialpolitik von guter Vorbedeutung ist.
Von den Parteien haben Sitze erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	40
Deutsche Volkspartei	17
Christliche Volkspartei	61
Deutsche demokratische Partei	71
Sozialdemokratische Partei	165
Unabhängige sozialdemokratische Partei	22
Bayerische Volkspartei	18
Bayer. Mittelpartei u. nationalliberale Partei	1
Deutsche Volkspartei in Bayern	4
Bayerischer Bauernbund	4
Württembergische Bürgerpartei und der würt- tembergische Bauern- und Weingärtnerbund	2
Katholische Volkspartei (Oppeln)	8
Schleswig-Holsteinische Bauern- und Land- arbeiterdemokratie	1
Braunschweigischer Landeswahlverband	1
Deutsch-Hannoversche Partei	4

Zum Reichspräsidenten wurde unser Berufs-
kollege, der ehemalige Sattler Friß Ebert, zum
Ministerpräsidenten der ehemalige Schriftleiter
Philipp Scheidemann gewählt.

Die endgültige Ministerliste lautet: Präsident
des Reichsministeriums Scheidemann, Vertreter des
Reichsministerpräsidenten und Reichsministerium der
Finanzen Schiffer, Reichsminister des Auswärtigen
Graf Brockdorff-Rantzau, des Innern Dr. Preuß,
Reichswirtschaftsminister Wissell, Reichsernährungs-
minister Robert Schmidt, Reichsjustizminister Lands-
berg, Reichswehrminister Focke, Reichskolonial-
minister Dr. Bell, Reichspostminister Giesberts,
Reichsminister der Demobilisierung Dr. Koeth,
Reichsminister ohne Portefeuille Dr. David, Erz-
berger, Gothein. Gothein wird Leiter des neu zu
organisierenden Reichsschatzamt.

Friß Ebert, der erste Präsident der Deut-
schen Republik, hat am 4. Februar 1871 in Heidel-
berg das Licht der Welt erblickt. Seine Eltern
waren arme Leute, die sich kümmerlich mit einer
kleinen Schneiderei ernährten. Nach der harten
Jugend des Proletariates erlernte Ebert das
Sattlerhandwerk; seine Begabung war zwar schon
damals von einem Lehrer erkannt worden, aber den
Eltern fehlten die Mittel zu jedem höheren Beruf.

Als junger Sattlergeselle ging Ebert, wie es da-
mals noch allgemeiner Brauch war, auf die Wander-
schaft, und hierbei lernte er zuerst die Ideen des
Sozialismus kennen. Bald war er einer der regsten
Agitatoren in seinem Beruf und nahm trotz seiner
Jugend an der Gründung, an dem Aufbau seiner
Berufsorganisation hervorragenden Anteil. Seine
Mühseligkeit in der Bewegung lenkte bald den Blick
älterer Parteigenossen auf ihn, die ihn bewogen,
den Sattlerberuf aufzugeben und seine ganze Ar-
beit der Partei zu widmen.

Als Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ be-
gann Ebert seine Laufbahn in der Partei. Das
Bremer Unternehmen war damals noch klein und
Ebert übernahm die Redaktion in einer Periode, wo
der Parteiredakteur noch „Mädchen für alles“ war.
Für 25 Mk. Wochenlohn hat sich Ebert allen seinen
Pflichten gewissenhaft unterzogen. Später wurde
er Parteisekretär und von 1900 bis 1906 Mitglied
der Bremer Bürgerpartei. Sein Ansehen in der
Partei stieg rasch, 1905 wählte ihn der Jenaer Par-
teitag in den Parteivorstand nach Berlin. Als nach
August Bebel's Tod die Stelle des Parteivorstehenden
vakant wurde, sahen sich die Blide der Partei-
genossen abwärts auf Ebert. Die nichtsozialdemo-
kratische Öffentlichkeit war damals von der Wahl
Eberts einermäßen überrascht; Ebert war zu
dieser Zeit außerhalb der Partei noch nicht sehr be-
kannt. Man hatte erwartet, daß an die Stelle
Bebel's ein Mann mit ähnlich bekanntem Namen
treten würde, und vielfach fand sich damals in der
bürgerlichen Presse die Aeußerung, an die Stelle
der überragenden Persönlichkeit sei der durchschnitt-
liche Parteibureaufakt getreten. Die Folge hat ge-
zeigt, wie irrig diese Auffassung war. Ebert hat
sich der Größe seines Amtes in jeder Beziehung ge-
wachsen gezeigt und heute zählt sein Name zu den
bekanntesten in der Welt. Für die Zusammen-
haltung der Partei, bei deren immer größer werden-
dem Umfang keine leichte Aufgabe, hat Ebert mit
eigener Energie und nie versagender Aufopferung
gewirkt. Sein großer Schmerz war es, daß er die
Abplitterung der Unabhängigen während des
Krieges nicht verhindern konnte. Trotz dieser Spal-
tung steht die Partei heute größer und stärker da
als vor dem Kriege; das ist nicht zum geringsten
Teil ein Werk Ebert's.

Die parlamentarische Laufbahn Eberts ist ver-
hältnismäßig jungen Datums, abgesehen von seiner
Betätigung in der Bremer Bürgerpartei. 1912 wählte
ihn der Wahlkreis Eberfeld-Barmen in den Reichs-
tag, er hat diesem also nur während einer, aller-
dings der längsten Legislaturperiode angehört. In
der Fraktion bekleidete er das Amt des Kassierers.
Rednerisch ist er namentlich während der Kriegszeit
oft hervorgetreten.

Zusammenfluß der beiden Industriellen-Ber-
bände. Am 4. Februar d. J. haben die beiden Spitzen-
organisationen der deutschen Industrie, der Zent-
ralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen auf einer
gemeinsamen Tagung in Jena ihre Vereinigung
unter dem Namen: Reichsverband der deut-
schen Industrie beschlossen. Die beiden Ver-
bände arbeiteten bereits seit Kriegsausbruch in enger
Führung miteinander, und der größte Teil der
Geschäfte wurde unter der Firma „Kriegsauschuß
der deutschen Industrie“ gemeinsam erledigt. In dem
Referat über die Vereinigungsfrage betonte der Ge-
schäftsführer des Zentralverbandes deutscher In-
dustrieller, Herr Geseimer Regierungsrat Schweig-
hoffer, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, die
Pflicht für jeden Deutschen, gerade jetzt im Interesse
des Vaterlandes zu arbeiten, und stellte die Forder-
ung auf, daß neben dem politischen Parlament, wel-
ches nicht Zeit habe, sich mit wirtschaftlichen Fragen
eingehender zu befassen, ein deutscher Wirtschaftsrat

gestellt werde. Besonders zu erwähnen ist aus der Diskuffion die scharfe Stellungnahme gegenuber den Steuerprojekten der Regierung, deren Ausfuehrung infolge der Geldentwertung der Industriellen das nötige Betriebskapital entziehen werde.

Als zweiter Punkt stand die Stellungnahme zu der im November vorigen Jahres begruendeten Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands auf der Tagesordnung. Das Vorstandsmittglied des Bundes der Industriellen, Herr Frowein, erslattete dazu das Referat. Darin begruefte er die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und erklarte, das kuenftig die Erdoerterung wirtschaftlicher Fragen den im Reichsverband der deutschen Industrie zusammengeschlossenen Fachverbaenden vorbehalten werden solle, waehrend die sozialen Fragen von den Arbeitgeberverbaenden behandelt werden. Eine Entschliessung zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde in folgender Fassung angenommen:

„Die im Reichsverband der deutschen Industrie nunmehr lueckenlos zusammengeschlossenen Fach- und Landesverbaende der deutschen Industrie sind davon durchdrungen, das die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller Kraefte unseres Wirtschaftslebens verlangt und begruefen daher die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern an der Loesung wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Sie anerkennen den Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, bei deren Aufbau aufseiten der Unternehmer zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen die im Reichsverband vereinigten, bewaehrten industriellen Landes- und Fachverbaende und Fachgruppen und zur Behandlung sozialer Fragen die bestehenden Arbeitgeberverbaende die Grundlage bilden muessen.

Eine Verschmelzung der wirtschaftlichen und der Arbeitgeberverbaende ist anzustreben.“

In der Diskuffion unterstrich zunaechst Kommerzienrat Abellis-Nachen nochmals die Teilung der Arbeitsgebiete in soziale und wirtschaftliche Fragen, welche letztere allein den Fachverbaenden zufallen und nicht in der Arbeitsgemeinschaft erdoert werden duerften, und wies darauf hin, das die industrielle Organisation kuenftig auf zwei Saehlen ruhen wird: einmal auf der Arbeitsgemeinschaft zur Behandlung der sozialen Fragen und zweitens auf der Gesamtheit der Fachverbaende zur Erdoerterung wirtschaftlicher Probleme. Dabei bezeichnete er, wie es ja auch im Schlußsatz der Resolution zum Ausdruck gekommen ist, die Verschmelzung des neuen Reichsverbandes der deutschen Industrie mit der Einigung deutscher Arbeitgeberverbaende als wuenschenenswert. Die jetzige Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften soll geaendert werden, wogu bereits eine Kommission ernannt sei. Im uebrigen sollen auch bei der Erdoerterung der wirtschaftlichen Fragen in den Fachverbaenden Arbeiter zugezogen werden.

Der Zusammenschluß der beiden industriellen Verbaende weist die Arbeiterschaft mit Naturnotwendigkeit ebenfalls auf einen engeren Zusammenschluß hin. Vor allem ist es jetzt noch mehr Pflicht wie fruher, das jeder Arbeitnehmer sich seiner Berufsorganisation anschliesst.

Ein Mahnruf. Die Revolutionserfolge sind in Gefahr, wenn nicht jeder einzelne produktive Arbeit leistet. Arbeit ist jetzt die Parole! In der Landwirtschaft, im Bergbau und Transportwesen wird jeder einzelne gebraucht. Unsere Wirtschaftslage, ihr kennt sie! Wir haben keine Rohstoffe und wir brauchen sie. Wir werden sie aber bezahlen muessen. Wir haben nur geringe Vorrate an Lebensmitteln, wir muessen sie einfuehren und werden sie teuer bezahlen muessen. Wir haben eine gewaltige Schuldenlast; sie wird sich durch die Forderungen der Feinde noch erhoehen, und wir haben kein Geld! Wir haben Papiergeld und koennen noch mehr Noten drucken, aber jeder Tausendmarktschein mehr entwertet unser Geld im Ausland, druickt die Valuta mehr herunter, zwingt uns, fuer jeden Artikel das drei- und vierfache des eigentlichen Tauschwertes zu zahlen. Hunderttausende von Arbeitskraeften muessen feiern, muessen als Arbeitslose unterstruift werden, wenn die Kohlen, die wir noch haben, nicht gefoerdert werden, wenn nicht jeder einzelne seine Arbeitskraft dem Transportwesen, der Landwirtschaft zur Verfuegung stellt, damit die Betriebe aller Art im Gang bleiben koennen.

Die Sozialisierung der Betriebe soll und muß in eurem Interesse durchgefuehrt werden. Sie kann nicht gelingen, wenn ihre Rentabilitaet, ja ihre Existenz in Frage gestellt wird. Deshalb, alle, die ihr mitarbeiten wollt an unserer Zukunft, an dem Zustandekommen der sozialistischen Republik, leistet die Arbeit, die unbedingt notwendig ist! Ueberhaeubt nicht den Wert des Geldes, das sich in Privathanden befindet. Gewiß, es soll und muß zum groeften Teil der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden. Fordert es, es ist euer Recht, aber glaubt nicht,

damit unsere drueckenden Lasten aufheben zu koennen! Ihr fordert Lohnerhoehung, denn ihr wollt mit Recht den Nutzen eurer Arbeiten selbst genießen, wollt nicht mehr eure Kraft fuer andere, die oft nicht mitarbeiten, vergeuden. Ihr wollt eine gerechtere Verteilung der Gewinne und der Lasten. Das ist eine billige Forderung. Ihr fordert Lohnerhoehung, denn das Leben ist teuer. Aber denkt ihr auch daran, das eine uebermaessige Lohnsteigerung die Produktionskosten erhoehet, so das automatisch die Preise der Konsumtionsmittel steigen? Denkt ihr daran, das ihr morgen wieder mehr fordern mußt, wenn ihr heute durchgedrungen seid, nur um das Gleichgewicht zu erhalten? Denkt ihr daran, das wir unter solchen Umstaenden in einigen Wochen voellstaendig abgewirtschaftet haben?

Wir koennen so allerdings dem Kapitalismus im eigenen Lande den Garaus machen. Denkt ihr aber auch daran, das ihr selbst dabei verarmt, eure Kinder und Kindeskinde darunter noch leiden muessen? Wie koennen wir sozialisieren, wenn wir nicht nur die Ertraege vergesellschafteter Betriebe verbrauchen, sondern auch das Kapital, das wir noetig haben zum Betrieb, und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und verschleudern? Ohne Handwerkszeug kann keine Arbeit geleistet werden. Und Werte koennen nur durch Arbeit geschaffen werden.

Fordert die sofortige Regulierung und Herabsetzung der durch den Schleichhandel zu unerschwinglicher Hoehue hinaufgetriebenen Lebensmittelpreise und notwendigen Bedarfsartikelf! Aber leistet jetzt jede Arbeit, wo immer sie zu leisten ist! Im Felde habt ihr die schwersten Arbeiten verrichten muessen fuer das alte System, d. h. gegen euch selbst. Jetzt leistet die Arbeit, die zur Durchfuehrung der sozialistischen Republik notwendig ist, um euer selbst willen! Eure Kinder und Kindeskinde werden dann das Reich der Gerechtigkeit benoehigen, das wir erziehen und nur so ihnen schaffen koennen.

Zur Entlassung von Arbeitern. In Unternehmerkreisen bestehen darueber noch verschiedene Zweifel. Zu deren Klarstellung soll deshalb nochmals auf folgendes hingewiesen werden: Ein Betriebsunternehmer kann die Arbeiterzahl seines Betriebes nur dann einschaerfen, wenn es die Verhaeltnisse im Betriebe unmoeglich machen, die Vorschriften der Verordnung zu erfuellen. In jedem Falle duerfen Arbeiter erst dann entlassen werden, wenn die Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden herabgesetzt worden ist, aber auch bei dieser herabgesetzten Arbeitszeit nicht alle Arbeiter beschaeftigt werden koennen. Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind zunaechst die Verhaeltnisse zu pruefen und dann die Verhaeltnisse des Arbeiters zu beruecksichtigen. Die Entlassung darf indessen auch erst nach ausgesprochener Kuenndigung erfolgen. Dabei ist eine Kuenndigungsfrist von zwei Wochen innewuzuhaken, soweit nicht etwa eine laengere

Kuenndigungsfrist gesetzlich vorgegeschrieben oder vereinbart ist. Ohne Kuenndigung koennen Arbeiter nur entlassen werden, wenn gesetzliche Gruende vorliegen, die zur sofortigen Aufloesung des Arbeitsverhaeltnisses berechtigen. Der Mangel an Kohlen und Rohmaterial, der zur voruebergehenden Betriebseinstellung zwingt, ist jedoch kein Grund, Arbeiter ohne Kuenndigung zu entlassen. Bei Streitigkeiten ueber die Entlassung von Arbeitern entscheidet der Schlichtungsausschuß.

Hierbei sei noch erwahnt, das zu der Verordnung ueber die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter eine Aenderungsvorordnung erschienen ist, die bestimmt, das fuur Kriegsteilnehmer, die auf Grund freiwilliger Meldung bei Seeres- oder Marineverbaenden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschaubes Verwendung finden, die Meldefrist mit dem auf ihre ordnungsgemaesse Entlassung aus diesen Verbaenden folgenden Tage beginnt.

Arbeitslosenzahlung.

Der Stichtag fuer die Arbeitslosenzahlung ist Sonntag, den 22. Februar. Wir ersuchen dringend unsere Ortsverwaltungen, die grauen Karten am 22. Februar auch dann auszufuellen, wenn Arbeitslose am Orte nicht gemeldet sind. Die ausgefuellten Karten sind bis spaetestens am 4. Maerz einzusenden. Der Vorstand.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses muessen die Mitglieder, welche sich zur Sicherheitswehr gemeldet haben, fuer die Dauer dieses Dienstes Verbandsbeitraege nach Bestimmungen des Statuts zahlen. Der Vorstand.

Sterbetafel.

Fechenheim. Am 21. Dezember 1918 verstarb unser Mitglied J o h a n n a K u r z.

Hamburg. Vom Amtsgericht fuer tot erklart ist der in Ausland verschollene Kollege J o s e f S c h a b l i t s k i, 48 Jahre alt.

Dffenbach a. M. Am 9. Februar 1919 verstarb infolge eines Unghuecksfalles am Schluendebau in Mumpenheim, kaum vom Felde zurueck, unser Mitglied, der Portefeuller W i l h e l m K u t h, 34 Jahre alt.

Ulm a. D. Am 17. November 1918 starb in englischer Gefangenenschaft unser Mitglied J a k o b R o s c h infolge der Grippe. Ehre ihrem Andenken!

Verband der Sattler und Portefeuller. Verwaltungsstelle Berlin.

Am Dienstag, den 25. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Generalversammlung

Tagesordnung:

- 1. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1918.
2. Jahresbericht der Ortsverwaltung.
3. Neuwahl der Revisoren.
4. Neuwahl einer Beschwerdelkommission.
5. Wahl der Kuratoriumsmitglieder und Ersatzleute fuer den paritaetischen Arbeitsnachweis.
6. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt!

Am puenktlichen Erscheinen erluert Die Ortsverwaltung.

Eine Anzahl Lederbearbeitungsmaschinen wie Stanzen, Spaltmaschinen, Naemaschinen usw. sind preisw. abzugeben. Naeh. Auskunft erteilen

Carl Aug. Seyfried & Comp., Muenchen, Schillerstrasse 28. Telefon: 53901.

Wer liefert Zweispiznieten fuer Fahrradsaettel? Angebote unter 21 an die Geschaeftsstelle dieses Blattes erbeten.

Fachlehrbuecher I. Ranges mit vielen Abbildungen.

Der praktische Sattler M. 18,70. Das Sattlerhandwerk M. 25,80. Der Automobil-Luftschiff-Sattler M. 7,35. Das Polstern M. 11,—. Das Zuschneiden der Sattler-, Nieren- und Taechnerarbeiten M. 10,—. Die Schule des Tapezierers M. 14,—. Der Tapezierer und Dekorateur M. 12,70. Der Zimmerdekorateur M. 6,65. Der Wagenfabrikant M. 15,—. Der Wagenkasten und sein Plan M. 8,75. Der Kraftwagenbau mit Modellband M. 33,—. Der Gerber M. 12,—. Herstellung lohgaren Leders M. 8,70. Die Oberlederfabrikation M. 12,—. Lohnberechner M. 2,—. Rechenhefter M. 3,35. Der Handwerker als Kaufmann M. 7,25. Handelslehre M. 3,—. Werkstaettenbetriebsleitung M. 10,85. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin E. 19, Dresdenener Straeue 80.

Der Scheinwerfer

Herausgeber: G. Unger. Neueste Nummer. Inhalt: Erlebnis eines Sattlers- und Tapezierergesellen. — Wir wollen Oesterreich nicht. — Haenrich-Adolf Hoffmann. — Wo ist Tirpitz? usw. Preis 40 Pf. Verlag: Berlin W. 85. Wieberverkaeufer erhalten hohen Rabatt.

Die besten Werkzeuge fuer Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialitaet Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegrueudet 1890. Preislisten S. P. gratis und franko.